Schützen nicht vor radioaktiver Strahlung: Weder der bestehende noch der erweiterte Sicherheitszaun um Schacht KONRAD.
Foto: Harald Streich

Schacht KONRAD:

Transparenz hinter Zäunen und Natodraht

Geht es nach dem Willen von Atomindustrie und Politik, soll 2019 in Schacht KONRAD der erste Atommüll endgelagert werden. Doch das abenteuerliche Genehmigungsverfahren hat die Schwachstellen keineswegs ausgeräumt. Eine neue Transportstudie der Intac macht auf gravierende Mängel aufmerksam. Zu KONRAD ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nach heutigem Stand soll die atomare Stromerzeugung in Deutschland 2022 zu Ende gehen. Kein Grund zum Aufatmen für die Anrainer um Schacht KONRAD und die anderen Atommüllstandorte. Selbst wenn in diesem Zeitraum keine größere Atomkatastrophe geschieht, bringt der Ausstieg für das Problem mit dem strahlenden Müll keine Entspannung. Seit über 40 Jahren wird in der Bundesrepublik Atommüll produziert – ein Konzept, ihn sicher zu verwahren, gibt es nicht.

„Wir behalten das im Auge“, steht auf dem Schild des knallgelben „Waste-Watcher-Turms“ genau gegenüber dem Schachtgelände von KONRAD I bei Salzgitter-Bleckenstedt. Aktivisten der „Kanaldörfergruppe“ aus den anliegenden Gemeinden haben ihn anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. dort errichtet. Der Turm dient als Symbol für ihren wachen Protest und zeigt, dass sie den Sicherheitsbeteuerungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) keinen Glauben schenken. Regelmäßig gehen sie an der Schachtanlage spazieren. Zurzeit werden dort Eisenträger in die Erde einbetoniert, um zusätzlich zu dem Natodrahtzaun, der die Anlage bereits umgibt, einen Zaun zu ziehen. Das Betriebsgelände von Schacht KONRAD wird allmählich zu einem Hochsicherheitstrakt umgebaut, zum Schutz gegen Terror oder gegen die Bevölkerung, die die Einlagerung nicht hinnehmen möchte.

Schacht KONRAD ist als Endlager für radioaktive Abfälle politisch genehmigt, doch die Langzeitsicherheit der Anlage lässt sich daraus nicht ableiten.

Schwachstellen bei der Transportstudie

Im Falle der Inbetriebnahme von Schacht KONRAD würden alle Transporte von radioaktiven Abfällen über das Gebiet der Stadt Salzgitter durch den Stadtteil Beddingen erfolgen, um dann in Schacht KONRAD II (auf dem Gelände des Stahlwerks) eingelagert

zu werden. Von den Transporten besonders betroffen wären somit die Bewohner der anliegenden Ortschaften sowie rund 20.000 Beschäftigte des VW-Motorenwerks Salzgitter und der Salzgitter Flachstahl GmbH. Die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) hat 2010 eine Aktualisierung ihrer Transportstudie von 1991 vorgelegt. Die Stadt Salzgitter beschloss daraufhin, die Transportstudie der GRS durch ein unabhängiges Gutachten von der Intac GmbH in Hannover prüfen zu lassen.

Im bereits vorliegenden Zwischenbericht bemängelt der Physiker Wolfgang Neumann, dass die GRS keine konkreten Aussagen zu realistischen radiologischen Bedingungen des Transportgutes mache. So habe die GRS aktuelle Erhebungen zu Abfallgebinden bei den Abfallerzeugern und -ablieferern durchgeführt, doch aufgrund der Bestrebungen zur Kostenoptimierung (Atommüll wird nach Volumen, nicht nach radiologischen Kriterien berechnet), ändere sich die radiologische Charakterisierung der Abfallgebinde durch neue Konditionierungs- und Verpackungsmethoden ständig. Dabei werden die zulässigen Werte immer weiter ausgeschöpft. Um die Transportsicherheit zu gewährleisten, sei nur eine Orientierung an den zulässigen Höchstwerten zielführend.

Berittene Polizei in Bleckenstedt.
Foto: Harald Streich

Weiterhin stellt Neumann Mängel bei der Bewertung der Strahlenbelastung durch Transportunfälle fest. Die GRS gehe dafür von einem Wahrscheinlichkeitswert aus, nach dem bestimmte Ereignisse eintreten. Bei einer Mittelwertbildung werde jedoch die Möglichkeit seltener Ereignisse ausgeblendet. Es könne daher zu einer Unterschätzung der Strahlenbelastung nach besonders schweren Transportunfällen kommen. Auch hier müsse vom Höchstwert ausgegangen werden.

Absaufen vorprogrammiert

Dass versenken, vertuschen, vergessen keine Antwort auf das Atommüllproblem ist, zeigt ASSE II. Zwar werden Parallelen immer wieder geleugnet, doch der Geochemiker Dr. Ralf Krupp ist da anderer Meinung. 16,3 m^3 salzhaltiges Grundwasser dringe täglich in KONRAD ein, mehr als derzeit in den Schacht ASSE II. Nach Schließung werde KONRAD ebenfalls absaufen. Die Abfälle, so Krupp, werden nach Wasserzutritt unter Gasbildung korrodieren und Radionuklide in Lösung gehen. Auf Grund des größeren Abfallvolumens und des kleineren Grubenhohlraums in der Grube KONRAD werden jedoch mehr Gase und höhere Drücke entstehen. Die über dem Endlager befindlichen und vermeintlich als geologische Barrieren wirksamen Tonschichten wurden durch zahlreiche Bohrungen auf Eisenerz, Öl und Gas durchlöchert. Die Politik wäre gut be-

Chronik Schacht KONRAD

37 Jahre Kampf, Ende immer noch offen!

+++ 1975 +++
Beginn der Untersuchung der Grube KONRAD auf Eignung als Endlager für schwachaktive Abfälle und Großkomponenten aus dem Abriss von Atomkraftwerken. Die Untersuchungen werden von der bundeseigenen Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) durchgeführt, die auch das Atommülllager ASSE II betreibt.

+++ Oktober 1976 +++
Gründung des Arbeitskreises gegen Atomenergie Salzgitter.

+++ Mai 1980 +++
Gründung des Umweltschutzforums Schacht KONRAD Salzgitter.

+++ 27. Juni 1981 +++
Erste Demonstration gegen das geplante Endlager mit etwa 1.500 Teilnehmern.

+++ Juni 1982 +++
Die GSF erklärt in ihrem Endbericht Schacht KONRAD für „grundsätzlich geeignet“ als Atommüllendlager.

+++ 1982 – 2002 +++
Planfeststellungsverfahren

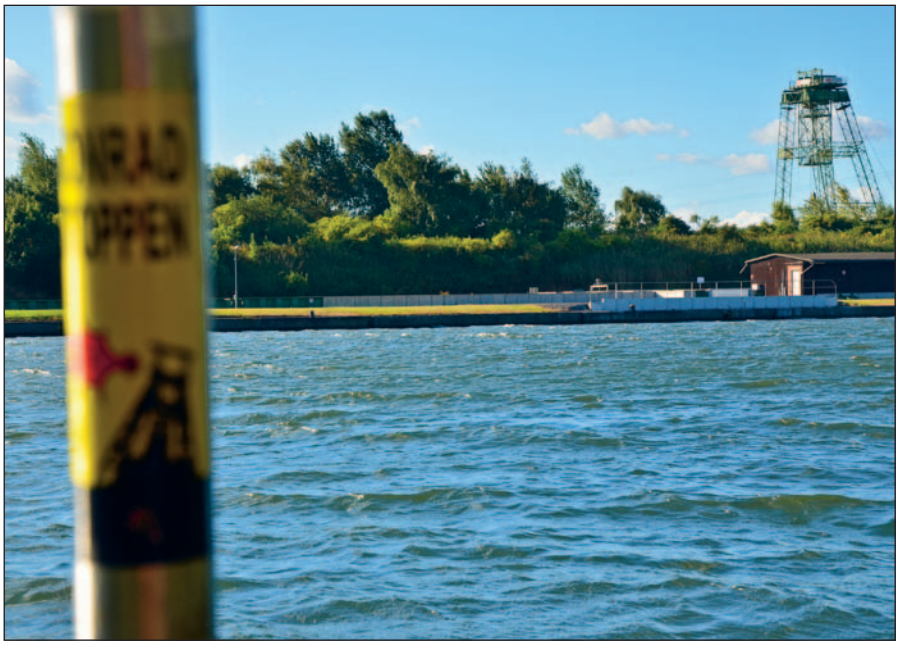
+++ 31. August 1982 +++
Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) beantragt die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für die Schachtanlage KONRAD als Endlager für radioaktive Abfälle.

+++ 19. Oktober 1982 +++
Besetzung unter Tage durch Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg und des Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie.

+++ 30. Oktober 1982 +++
Demonstration mit etwa 10.000 Teilnehmerinnen, in deren Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt.

+++ 22. Dezember 1982 +++
Mit 24:23 Stimmen beschließt der Rat der Stadt Salzgitter, die Gruppe Ökologie mit der Begutachtung des Endberichtes der GSF zu beauftragen.

+++ März 1983 +++
Die PTB gibt eine neue Klassifizierung für Atommüll in Deutschland bekannt. Kriterium für die Endlagerung soll nicht mehr die Dosisleistung sein („schwach- und mittelaktiv“), sondern die Wärmeentwicklung. Das umgebende Wirtsgestein soll um nicht mehr als 3 K erwärmt werden. Damit könnten 95 Prozent des Volumens radioaktiver



Jenseits des Stichkanals, auf dem Gelände des Stahlwerks liegt der Schacht KONRAD II, durch den der Atommüll hinunter transportiert werden soll.
Foto: Harald Streich

raten, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Zeitmangel?

„In Zwischenlagern stehen die Container über Tage, deswegen ist das Endlager KONRAD dringend notwendig", lässt sich auf der Internetseite des BfS lesen. Plausibler wäre die Folgerung, alle AKWs abzuschalten, damit nicht noch mehr Atommüll produziert wird, oder sich endlich mit alternativen Konzepten auseinanderzusetzen, um den Atommüll auf tausende von Jahren so sicher wie möglich zu verwahren. Stattdessen wollen Politik und Atomstromerzeuger Schacht KONRAD so schnell wie möglich ausbauen, um sich das Problem mit dem radioaktiven Müll aus den Augen zu schaffen.

Für den Ausbau der Schachtanlage zum Endlager hatte die Bundesregierung bereits 1984 die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) beauftragt, in deren Aufsichtsrat auch große Energiekonzerne wie RWE oder EnBW sitzen. Die DBE ist allein für Planung, Bauaufsicht und Koordination des Bauablaufes verantwortlich und berechnet auch die Kosten – derzeit 1,6 Milliarden Euro. Da kann keiner behaupten, Atomenergie sei kostengünstig.

Indes geht der Ausbau der Schachtanlage zügig voran. Auf seiner Webseite führt das BfS all die kleinen handwerklichen Arbeiten bis auf die letzte Kabelverlegung akribisch auf. Auch die „Erdarbeiten für die Errichtung eines neuen Sicherheitszauns" sind vermerkt. Während ihres Jubiläums-Wochenendes, an dem die AG Schacht KONRAD in Bleckenstedt, quasi zu Füßen von KONRAD I, ein Camp errichtet hatte, mussten die Handwerker zu Hause bleiben. Stattdessen wurde jeder Ausflug der Festgäste von berittener Polizei überwacht; doch auf der anderen

Abfälle in der BRD in KONRAD eingelagert werden.

+++ 26. April 1986 +++
Die Katastrophe von Tschernobyl erschüttert die Bevölkerung und führt mehrheitlich zu einer Ablehnung der Atomtechnologie.

+++ 11. Mai 1986 +++
Abschlussdemonstration des „Endlagerspektakels" von Gorleben nach Schacht KONRAD: Die Polizei jagt die 2.000 Demonstrierenden mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken durch Bleckenstedt.

+++ 16. Oktober 1986 +++
„Freche Frauen braucht das Land": Drei Frauen besetzen – unterstützt von neun weiteren Frauen – fünf Stunden den Förderturm.

+++ 19. August 1987 +++
Gründung der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

+++ Oktober 1987 +++
Erste Transportstudie der Gruppe Ökologie im Auftrag der Gemeinde Vechelde weist auf die Transport-Gefahren hin.

+++ Januar/Februar 1988 +++
DGB und IG Metall Salzgitter positionieren sich ebenso wie das Landvolk Salzgitter und Peine gegen Schacht KONRAD.

+++ 7. Dezember 1988 +++
Salzgitter wird Standort des neuen Bundesamts für Strahlenschutz (BfS).

+++ November 1989 +++
Die Antragstellung für KONRAD geht von der PTB auf das BfS über.

+++ 16. Mai – 15. Juli 1991 +++
Öffentliche Auslegung der Planunterlagen. Bundesweit werden 289.387 Einwendungen erhoben, die mit einem Treckerkorso am 13. Juli nach Hannover gebracht und der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn übergeben werden.

+++ 2. Mai 1992 +++
Umweltminister Töpfer weist das Land an, den Erörterungstermin bis spätestens 28. September zu beginnen.

+++ 25. September 1992 – 6. März 1993 +++
Fünfmonatiger Verhandlungsmarathon mit insgesamt 75 Verhandlungstagen. Erstmals bietet eine Genehmigungsbehörde Modalitäten für die Erörterung, die auch die Einwender akzeptieren. Neben arbeitnehmerfreundlichen Verhandlungszeiten, Tagen für bestimmte Bevölkerungsgruppen und so weiter, erhalten die Einwenderinnen einen eigenen Apparat und Mittel für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Fragen an das BfS werden vom damaligen BfS-Präsidenten Bruno Thomauske stereotyp mit „Thomauske für den Antragsteller" eingeleitet und beantwortet – oder eben nicht.

+++ Oktober 1992 +++
14 Tage nach Beginn des Erörterungstermins demonstrieren 7.000 Menschen gegen KONRAD.

Seite des Kanals im Stadtteil Beddingen wurden gleichsam in einer Nacht- und Nebelaktion sogar sonntags Gleise verlegt, für die Atommüllzüge.

Hektik statt Sorgfalt

Zur Eile mahnt auch Michel Sailer, der Leiter der Endlagerkommission des Bundes. Aus heutiger Sicht sei die Endlagerung sicherheitstechnisch notwendig, verkündete er in seiner Rede bei der diesjährigen Jahrestagung Kerntechnik in Stuttgart. Mit KONRAD gäbe es in Deutschland einen guten Ansatz, KONRAD solle unbedingt fertig gestellt werden und in Betrieb gehen. Thema der Tagung war auch die Etablierung eines Endlagermanagements. 50 Transporteinheiten sollen ab 2019 wöchentlich auf Straße und Schiene in Beddingen ankommen. Deshalb hat der Bund für die Koordination die Energiewerke Nord beauftragt, für die Energieversorgungsunternehmen bekam die Gesellschaft für Nuklear-Service den Zuschlag. Beide sind vereint in der DBE.

Wie KONRAD genehmigt wurde

„Damit nachfolgenden Generationen keine Altlasten aufgebürdet werden, hat sich die Bundesregierung dafür entschieden, radioaktive Abfälle in ‚tiefen geologischen Formationen' endgültig, das heißt dauerhaft und wartungsfrei, einzulagern", heißt es auf der Internetseite des BfS. Was mit „wartungsfrei" gemeint ist, zeigen die Debakel in ASSE II und Morsleben deutlich. Dennoch wird am so genannten Endlager KONRAD und dem Konzept, der nicht rückholbaren Lagerung festgehalten – nach dem Motto: Wenn wir es nur oft genug versuchen, muss es doch auch mal klappen.

Auch sie werden noch genug mit der geplanten Atommülldeponie Schacht KONRAD zu tun kriegen. Doch beim 25-jährigen Jubiläum der AG Schacht KONRAD hatten sie eine Menge Spaß: die Kinder von Bleckenstedt.

Hier koordiniert die AG Schacht KONRAD den Widerstand: im Konrad-Haus in Salzgitter-Bleckenstedt, idyllisch gelegen, gern frequentiert.

Fotos (2): Stefan Vockrodt

+++ 1993 +++
Die niedersächsische Genehmigungsbehörde erstellt einen Katalog von 300 Sach- und 100 Rechtsfragen, die nach dem Erörterungstermin offen und vom Antragsteller noch zu klären seien.

+++ 3. Dezember 1994 +++
Etwa 1.500 Menschen demonstrieren gegen KONRAD.

+++ 1999 +++
Obwohl die Minister Trittin (Bund) und Jüttner (Land) beteuern, Schacht KONRAD sei als Atommülllager nicht geeignet, schieben sie sich in einem monatelangen Schwarze-Peter-Spiel die Verantwortung für einen Abbruch des Verfahrens zu, unternehmen aber weiter nichts.

+++ 31. Mai 2000 +++
Erstmals in der Auseinandersetzung um Atomenergie legen Arbeitnehmer die Arbeit nieder und demonstrieren während der Arbeitszeit gegen eine geplante Atomanlage. Rund 4.800 Beschäftigte folgten damit unter dem Motto: „Handeln, bevor es zu spät ist", einem Aufruf der IG Metall-Salzgitter.

+++ 14. Juni 2000 +++
Atomkonsens zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Energiewirtschaft: „Die zuständigen Behörden schließen das Planfeststellungsverfahren für den Schacht KONRAD nach den gesetzlichen Bestimmungen ab. Der Antragsteller nimmt den Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses zurück, um eine gerichtliche Überprüfung im Hauptsacheverfahren zu ermöglichen."

+++ 2002 bis heute +++
Planfeststellungsbeschluss, Klagen, Umbau

+++ 3. Juni 2002 +++
Planfeststellungsbeschluss durch das niedersächsische Umweltministerium für 303.000 m^3 Atommüll.

+++ Juli 2002 +++
Die Stadt Salzgitter, die Gemeinden Vechelde und Lengede sowie die Landwirtsfamilie Traube klagen gegen die Genehmigung vor dem OVG Lüneburg.

+++ März 2006 +++
Nach dreitägiger mündlicher Verhandlung weist das OVG Lüneburg die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss KONRAD ab. Die Klagen der Kommunen Salzgitter, Vechelde und Lengede erklärt der Senat gleich für unzulässig. Der Bleckenstedter Landwirt Walter Traube dürfe zwar das Gericht anrufen, so die Richter, die Klage wird aber als unbegründet abgewiesen. Es gäbe kein Recht auf „Nachweltschutz". In allen vier Fällen lässt das Gericht keine Revision zu. Dagegen legen die Kläger Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht ein.

+++ 3. April 2007 +++
Das Bundesverwaltungsgericht weist die Nicht-Zulassungsbeschwerde zurück. Salzgitter und Walter Traube erheben Klage beim Bundesverfassungsgericht.

Auch der Antransport auf der Schiene macht die Anlage nicht sicher: Am Jubiläumswochenende der AG Schacht KONRAD, Ende August, finden Gleisarbeiten auf der Zufahrtsstrecke statt.
Foto: Harald Streich

Als Begründung für die Eignung der Schachtanlage wird angeführt, dass es das erste Endlager sei, das nach Atomrecht genehmigt wurde, während Morsleben in einem undemokratischen Staat ohne Öffentlichkeitsbeteiligung errichtet wurde. Dabei wird jedoch verschwiegen, dass der ehemalige Bundesumweltminister Töpfer die Betriebsgenehmigung für das marode DDR-Endlager Morsleben erteilt hat und 60 Prozent des bundesdeutschen Atommülls auf Veranlassung seiner Nachfolgerin Merkel dort eingelagert wurden.

Am Genehmigungsverfahren von Schacht KONRAD konnte die Öffentlichkeit tatsächlich teilnehmen, doch vom Ende her betrachtet, entsteht der Eindruck, dass demokratische Formalien teilweise nur deshalb eingesetzt wurden, um den bloßen Anschein eines demokratischen Verfahrens zu erwecken. Und das begann schon, bevor die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) 1982 den Planfeststellungsantrag beim Land Niedersachsen stellte. Zu diesem Zeitpunkt war Schacht KONRAD nämlich bereits als Entsorgungsnachweis für die AKWs Grafenrheinfeld und Grohnde aufgetaucht, sodass KONRAD mit diesen beiden AKWs gleichsam schon mal mit genehmigt worden war.

Und dann wurde 1986 – mitten im Verfahren – der Planantrag noch schnell mal grundlegend geändert. Radioaktiver Müll in Deutschland sollte fortan nicht mehr in stark-, mittel,- und schwachradioaktiv eingeteilt werden, sondern in stark- und vernachlässigbar wärmeentwickelnd. Die neue Klassifizierung war maßgeschneidert für KONRAD, konnten doch nun 95 Prozent des deutschen Atommülls als „konradgängig“ deklariert werden. Schließlich wurde auch noch die Auslegung der Planungsunterlagen per Weisung des damaligen Bundesumweltministers Töpfer erzwungen, obwohl die atomrechtlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung noch fehlte. Abgeschlossen wurde das Planfeststellungsverfahren im Juni 2000.

Politisch gewollt und genehmigt

Schacht KONRAD war als Zugeständnis an die Energiekonzerne im Atomkonsens zwischen der inzwischen rot-grünen Regierung und den Energieversorgungsunternehmen gegen Schacht KONRAD und die Atomenergie auf der Industriestraße Nord statt.

+++ 30. Mai 2007 +++
Auftrag an das BfS, mit dem Ausbau der Grube zu einem Endlager zu beginnen.

+++ 13. Oktober 2007 +++
Demonstration mit 5.000 Teilnehmerinnen in Salzgitter.

+++ 21. Februar 2008 +++
Das Bundesverfassungsgericht weist die Klage der Stadt Salzgitter ab.

+++ 26. Februar 2009 +++
Unter dem Motto „Wir bringen Licht ins Dunkel“ bilden mehr als 15.000 Menschen eine 52 Kilometer lange Lichterkette von Braunschweig über ASSE II zum Schacht KONRAD.

+++ 31. August – 5. September 2009 +++
Der Anti-Atom-Treck von Gorleben über KONRAD, ASSE und Morsleben fährt nach Berlin. Dort demonstrieren 50.000 Menschen gegen Atomenergie.

+++ 10. November 2009 +++
Das Bundesverfassungsgericht weist auch die Klage von Walter Traube ab.
Spontane Demonstration am Schacht mit 30 Treckern und 100 Leuten.

+++ 27. Januar 2010 +++
Der Rat der Stadt Salzgitter hält einstimmig an seiner Ablehnung von KONRAD fest.

+++ 25. April 2010 +++
Die Region nimmt (mit 100.000 weiteren Menschen) an der Menschenkette von Brunsbüttel über Brokdorf nach Krümmel teil.

+++ 11. März 2011 +++
Die Katastrophe von Fukushima führt bundesweit zu Demonstrationen mit Hunderttausenden von Menschen.

+++ 25. April 2011 +++
Mit rund 11.000 Menschen findet die seit Jahrzehnten größte Protestveranstaltung

+++ 27. Mai 2011 +++
Bundesumweltminister Röttgen, der niedersächsische Ministerpräsident McAllister und der Salzgitteraner Oberbürgermeister Klingebiel unterzeichnen eine Vereinbarung für die Errichtung eines KONRAD-Fonds. 100 Mio. Euro sollen in 33 Jahren nach Salzgitter fließen, drei Viertel davon sollen die Energieversorger bezahlen.

+++ 11. März 2012 +++
25.000 Menschen bilden eine Lichterkette von Eckert & Ziegler im Norden Braunschweigs über ASSE II nach Schacht KONRAD und wieder zurück nach Braunschweig.

Ursula Schönberger

zum Bauernopfer geworden. Die Klagen der Gemeinden Salzgitter, Vechelde und Lengede vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg wurden abgewiesen, auch Revision wurde nicht zugelassen. Ebenso erging es der klagenden Landwirtsfamilie Traube, deren Hof und Felder unmittelbar an das Schachtgelände angrenzen. Es gäbe keine Gewährleistung des Nachweltschutzes, führte der Vorsitzende Richter Kalz als Begründung an und die Transporte seien nicht Teil des Prüfungsprogramms. Dabei ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Atomgesetz ausdrücklich vorgesehen. Auch andere Forderungen, die im Atomgesetz zum Schutze der Bevölkerung stehen, wurden außer Kraft gesetzt, denn, so Richter Kalz weiter, stehe zwar im Atomgesetz § 9b, dass für den Bau und Betrieb von Endlagern Planfeststellungsverfahren durchzuführen seien, im atomrechtlichen Kontext seien diese aber eher wie „gebundene Genehmigungen" zu sehen. Mit diesem Urteil, das vom Bundesverwaltungsgericht und vom Bundesverfassungsgericht höchstrichterlich bekräftigt wurde, führte der Richter das gesamte Erörterungsverfahren ad absurdum und bootete gleichsam die 289.387 Einwender aus – besonders diejenigen, die in dem fünfmonatigen Erörterungsmarathon ihre Bedenken an 75 Verhandlungstagen mit höchster fachlicher Kompetenz vorgebracht hatten. Die Öffentlichkeit durfte zwar etwas sagen, aber gehört wurde sie nicht.

Eigengenehmigung für erweiterte Endlagerbedingungen

„Wir haben etwas zu entsorgen, aber nichts zu verbergen" – mit diesem Slogan wirbt das BfS für Transparenz. So scheint die gerichtliche Absolution für ein Endlager Schacht KONRAD für die Behörde automatisch die Prämisse zu enthalten, die Endlagerbedingungen nach ihrem Gusto zu verändern. Von einer „Ergänzung" der Endlagerbedingungen ist auf der Homepage zu lesen. Was verbirgt sich dahinter? Bei der Genehmigung umfasste das Radionuklidspektrum 156 Arten. Nun hat sich aber herausgestellt, dass nach aktuellem Kenntnisstand 79 Radionuklide nicht

Der „Wachturm" vor Schacht KONRAD.
Foto: Harald Streich

erfasst wurden, die nach dem Willen des BfS beziehungsweise der Energiekonzerne auch noch in KONRAD untergebracht werden sollen. Daher veranlasste das BfS eine Revision des Radionuklidspektrums. Pikanterweise wurde die Überprüfung von der „Endlagerüberwachung" übernommen – und die sitzt mit dem BfS in einem Haus. Ausdrücklich betont das BfS, dass es sich seine Anträge keineswegs selbst genehmige, doch weiter unten auf der Homepage steht, dass die „Endlagerüberwachung eine eigenständige Organisationseinheit des BfS"(!) sei.

Wer überwacht wen?

Die Endlagerüberwachung beauftragte für ihre Zustimmung zur Erweiterung des Radionuklidspektrums den TÜV NORD EnSys Hannover als unabhängigen Sachverständigen mit einer Stellungnahme, doch dieses Gutachten haben Außenstehende nicht zu Gesicht bekommen. Die Endlagerungsbedingungen für KONRAD werden „fortgeschrieben", lautet die euphemistische Meldung des BMU zu diesem Vorgang. Bei so viel Eigenständigkeit steht zu befürchten, dass vielleicht kurzerhand die radioaktiven Graphitabfälle aus dem Versuchsreaktor Jülich „konradgängig" gemacht werden. Der Müll aus ASSE II wohl nicht, das würde zu viel unliebsame Aufmerksamkeit erregen.

Das Atommüllproblem drängt und die Menschen an Zwischenlagerstandorten möchten die ständige Bedrohung gerne loswerden. Da mag es schon ein bisschen verständlich scheinen, dass vielleicht sogar der eine oder andere Atomkraftgegner auf KONRAD schaut. Doch Schacht KONRAD ist keine Lösung, weil sich hier früher oder später das Desaster von ASSE II wiederholen würde, nur in größerem Ausmaß. Vor allem aber die Art und Weise, wie Schacht KONRAD mit allen Mitteln endlagertauglich gemacht wurde, wie Demokratie und Recht mit Füßen getreten wurden, das ist der eigentliche Skandal. Schacht KONRAD wird ein Nachspiel haben, so oder so.

Antonia B. Uthe

Webtipps

Die unterschiedlichen Positionen lassen sich gut verfolgen, einmal auf der Seite von der AG Schacht KONRAD: ***www.ag-schacht-konrad.de*** *und der Seite vom BfS:* ***www.bfs.de***